

„DIE ROLLE DER ÄLTEREN MENSCHEN IN EINER ALTERNDEN GESELLSCHAFT“

**Beschluss der Europäischen Senioren Union
in der Arbeitskreissitzung in Zagreb vom
08. bis 10.10.2003**

**Zugleich ein Beitrag für die Politik in den Staaten der EU
bei der Umsetzung der Europäischen Verfassung**

Gliederung:

- Abschnitt A Altern in Europa im 21. Jahrhundert
- Abschnitt B Der demographische Wandel und die Diskussion um
Generationsgerechtigkeit
- Abschnitt C Starke Senioren – Sichere Zukunft
- Abschnitt D Unsere Forderung an die Politik:
„SENIORENFÖRDERUNGSKATALOG“ –
in den Ländern der EU

Anlage:

- Sozialhaushalt
Bundesrepublik Deutschland
Stand 2002

- „Sozialatlas“ der EU

Abschnitt A

Altern in Europa im 21. Jahrhundert: Eine Herausforderung für das Individuum und die Gesellschaft.

„Unsere Lebenserwartung hängt ab von unserer Lebensführung. Lebenserwartung ist hier im weitesten Wortsinn gemeint, bedeutet also nicht nur Dauer, sondern auch Qualität des Lebens: Es kommt nicht nur darauf an, wie alt man wird, sondern wie man alt wird“.

Altern in Europa hat viele Gesichter, unterschiedlich in jedem Land und in jeder Region. Selbst innerhalb ein- und desselben Landes finden wir viele Alternsformen. Altern ist nicht nur ein biologischer Prozess, sondern ein Prozess, beeinflusst von biologischen, sozialen, ökologischen und psychologischen und epochalen Faktoren. Es gibt große Unterschiede zwischen Gleichaltrigen, auch innerhalb desselben Landes, - Unterschiede, die manchmal größer sind als zwischen Personen, deren Geburtsjahr 10 oder gar 20 Jahre auseinander liegt.

Älterwerden heutzutage, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, ist völlig unterschiedlich vom Älterwerden zu Beginn oder zur Mitte des letzten Jahrhunderts.

Viel mehr Menschen erreichen heute das Alter von 60, 80 oder gar 100 Jahren. Unser Lebensstil hat sich geändert; das Leben im Alltag ist in vieler Hinsicht leichter geworden. Andererseits ist das Leben im Alltag heutzutage auch schwieriger, hektischer, geworden.

Eine bessere Schulbildung und Ausbildung, die Beherrschung fremder Sprachen, ein besserer Gesundheitszustand, kennzeichnet die Älteren von heute im Vergleich zu den Senioren von gestern und vorgestern.

Wir leben in einer Zeit des rapiden technischen Wandels, in der morgen schon veraltet ist, „out“ ist, was heute als größte Neuerung angepriesen wurde. Manches, was uns heute als Zukunft versprochen wird, ist morgen schon Vergangenheit. Und diese Veränderungen beschleunigen sich immer mehr im 21. Jahrhundert.

Was man noch zu Beginn des letzten Jahrhunderts als 17jähriger beruflich gelernt hat und dann durch jahrelange Tätigkeit vertieft hat, konnte man als 70jähriger noch gebrauchen. Heute geht man von einer „**Halbwert- Zeit**“ **von nur 5 Jahren** aus: Das, was man „gelernt“ hat, ist nach 5 Jahren nur halb soviel wert.

Lebenslanges „Lernen“ – im weitesten Sinne definiert als „Verhaltensänderungen aufgrund von Erfahrungen“ – ist in unserer schnelllebigen Zeit geradezu zur Existenznotwendigkeit geworden. Wir müssen ein Leben lang mehr lernen - und „anders“ lernen - als es von unseren Großeltern und Urgroßeltern gefordert wurde, **weil wir uns mit den Veränderungen unserer Umwelt, die häufiger sind und mit immer größerer Beschleunigung vor sich gehen, auseinandersetzen müssen, uns anpassen müssen.**

Aber stöhnen wir nicht nur, sondern sehen wir auch den Gewinn des technischen Wandels, der uns oft schwere körperliche Arbeit erspart.

Auch im **beruflichen Bereich** – von der Landwirtschaft übers Handwerk bis hin zur Industrie, zur Wirtschaft und Verwaltung - haben technische Entwicklungen für **Beschleunigungen und Erleichterungen körperlicher Schwerarbeit** gesorgt. Berufsarbeit zeigt eine Entwicklung von „muscle-work“ zu „brain-work“, wobei muscle-work , Muskel- Arbeit, Alternsprozessen unterliegt; „brain-work“, Kopf- Arbeit hingegen nicht, sofern man diese ein Leben lang trainiert. Auch hier wird die **Notwendigkeit eines lebenslangen Lernens** ganz deutlich.

All diese Veränderungen sind eine Herausforderung für jeden Einzelnen. Lebenslanges Lernen ist heutzutage geradezu zur Existenznotwendigkeit geworden. Auch ältere Menschen sind gezwungen, stets neu zu lernen, sich umzustellen, müssen den Computer und das Surfen im Internet beherrschen, um in ihrer Welt mitreden zu können.

Ältere Menschen werden in der Gesellschaft oft als Last diskutiert. Fast täglich kann man in der Zeitung lesen von „Rentenlast“, „Pflegebelast“, von steigenden Kosten in unserem Gesundheitssystem, für die die zunehmende Langlebigkeit verantwortlich gemacht wird. – Doch dieses Image von älteren Menschen unterscheidet sich in den einzelnen europäischen Ländern voneinander.

Das Image der Alten und der Hochbetagten ist sehr komplex in jeder Kultur: da ist der kompetente und weise Senior, der in die Gesellschaft integriert ist und einen relativ hohen Lebensstandard hat auf der einen Seite – und der hilflose, kranke, abhängige und sogar pflegebedürftige Senior, der auf seine Kinder und Verwandte oder gar auf die Sozialhilfe angewiesen ist, auf der anderen Seite.

Fazit: Älter werden ist zu lernen, nur dann nimmt man es an, zum Vorteil des Einzelnen und der Gesellschaft

Abschnitt B

Der demografische Wandel und die Diskussion um die Generationengerechtigkeit

Seit 1992 wird zunehmend in den europäischen Ländern nach Auswertung vieler Daten von demographischem Wandel gesprochen.

In der Regel wird über den demographischen Wandel mit dem Ziel diskutiert zu den Themenbereichen

- soziale Sicherungssysteme,
- Familie und soziale Netzwerke,
- Arbeitsmarkt und Wirtschaft,
- Migration und Integration

Daten zu sammeln und Prognosen zu stellen.

Dass der Bereich der sozialen Sicherung eine besondere Herausforderung und eine sehr schwer lösbare Aufgabe ist, hat man begriffen. Es klafft ein Loch bei der Rente, in den Krankenkassen, bei der Pflegeversicherung. In der Öffentlichkeit wird dafür in der gebotenen Vereinfachung nahezu ausschließlich der demografische Wandel oder „die Vergreisung unserer Gesellschaft“, die zunehmende Langlebigkeit (man spricht sogar von „Langlebigkeitsrisiko“) verantwortlich gemacht und damit - mehr

oder minder deutlich ausgesprochen - der älteren Bevölkerung die Schuld in die Schuhe geschoben, indem man über „Altenlast“, „Rentenlast“ und „Pflegelast“ stöhnt.

Ältere Menschen werden als „Sündenböcke der Nation“ gebrandmarkt, die das Dilemma ausgelöst haben. Das wird besonders auffällig, wenn zum Beispiel von Professorensseite die Forderung erhoben wird, 75-jährige und ältere von bestimmten medizinischen Leistungen wie Dialyse etc. auszuschließen.

Hinweise auf den demografischen Wandel, auf die „Überalterung“ unseres Volkes, werden häufig als Ausrede für das Zusammenbrechen unserer Sicherungssysteme genannt.

Das ist eine sehr einseitige Sicht.

Der demografische Wandel findet statt in einer Zeit **struktureller Veränderungen**, in einer Zeit des **wirtschaftlichen Wandels**, des rapiden **technischen und sozialen Wandels**, und auch in einer Zeit des **Wertewandels**, der zum Teil für die niedrigeren Geburtenraten verantwortlich zu machen ist.

Die **Ausdehnung der Jugendzeit und die Vorverlegung des Seniorenalters** trotz besserer Gesundheit und vorhandener Kompetenz führt zu einer Verkürzung des eigentlichen aktiven mittleren Erwachsenenalters.

Ein Teil des „Rentenlochs“ dürfte mit den fehlenden Beiträgen Jüngerer zu erklären sein, – natürlich auch mit den fehlenden Beiträgen vieler älterer Erwerbsfähiger, **die aufgrund der derzeitigen Situation am Arbeitsmarkt keine Arbeit finden**. Im Jahr 2001 waren nur 36,8 % aller 55-64-jährigen in Deutschland im Erwerbsleben, während es beispielsweise in Norwegen knapp 70 %, in der Schweiz und in Schweden 67,1 % waren. **Mancher 55-jähriger und älterer würde gerne in die Rentenkassen einzahlen und nicht aus der Rentenkasse seinen Lebensunterhalt beziehen, wenn er nur Arbeit hätte. Es ist also nicht primär eine Frage der Demografie, sondern der wirtschaftlichen Situation!**

Fazit: Beides zusammen – später Berufsbeginn und frühes Berufende – führen zu erheblichen Belastungen der Sozialkassen. Insofern ist der demografische Wandel nur ein, wenn auch wichtiger Faktor für die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates. Andere politisch durchaus gestaltbare Faktoren spielen mindestens eine ebenso bedeutsame Rolle, wie zum Beispiel

- eine Wirtschaftspolitik, die Arbeit schafft,
- eine Bildungspolitik, die bei kürzeren Ausbildungszeiten zu Qualifikationen führt, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden, und
- eine kontinuierliche Personalplanung mit über das ganze Berufsleben verteilter Fortbildung, die ältere Arbeitnehmer im Arbeitsleben behält anstatt sie „freizusetzen“. und somit Humankapital zu verschleudern.

„Generationengerechtigkeit“ – ein verschwommener Begriff?

Der Ruf nach „Generationengerechtigkeit“ durchdringt alle politischen Diskussionen in unserer Zeit.

Doch was ist „Generationengerechtigkeit“? Sie wird fast ausschließlich unter finanziellen Aspekten diskutiert.

Wenn wir von „**Generationengerechtigkeit**“ reden, wollen wir neben der finanziellen Belastung auch andere Aspekte bedenken. Biografische Studien von Männern und Frauen, die in den ersten vier Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts geboren sind, also der heute über 60-jährigen, zeigen eigentlich **eine große Benachteiligung der älteren Generation**. Sie sind in Zeiten aufgewachsen, die weit härter waren als unsere heute. Armut, Einschränkung und Verzicht zogen sich wie rote Fäden durch viele Lebenslaufschilderungen. **Bildungsmöglichkeiten waren eingeschränkt** – nicht nur für Frauen! Selbst für eine Lehre musste man zahlen. Viele der heutigen Rentner waren 45 Jahre berufstätig – einen Zeitraum, den die jüngere Generation von heute nur sehr selten schaffen wird! Die älteren Rentner

kannten noch die 60 – Stunden – Woche, bestimmt aber die 48- und die 45-Stundenwoche! Für sie war der Samstag noch ein voller Arbeitstag.

Generationengerechtigkeit ist also nicht nur ein Verrechnen von Vergangenen und Gegenwärtigem, sondern nach unserer Auffassung praktizierte Generationensolidarität.

Sie ist eine Geben und Nehmen – aber für alle Generationen.

Von daher ist Generationensolidarität der unüberhörbare Ruf nach einem Generationendialog mit dem Ziel, Generationenkonflikte zu ersticken!

Unsere Definition von Generationengerechtigkeit:

Generationensolidarität statt Generationenkonflikte: gegenseitiges Verständnis ist gefragt!!

Vielfache Veränderungen der Familiensituation haben wir zu konstatieren, doch im familiären Bereich ist eine Solidarität zwischen den Generationen nicht infrage zu stellen. Generationenkonflikte in der Familie haben in den letzten Jahrzehnten eher abgenommen als zugenommen. Wenn wir spontane Lebenslaufschilderungen der von 1890 bis 1925 Geborenen analysieren, finden wir weit häufiger sich über alle Lebensphasen hinziehende Konflikte mit den eigenen Eltern als dies bei späteren Geburtsjahrgängen der Fall ist. Die in unseren Studien erfassten 1930-32 Geborenen, und erst recht die 1950-52 Geborenen, schildern weit weniger Auseinandersetzungen mit den eigenen Eltern und auch mit den eigenen Kindern. Eine finanzielle und materielle Abhängigkeit wird weit weniger erlebt; Gebote und Verbote werden weit weniger ausgesprochen bzw. weniger als eingreifend in die eigene Lebensgestaltung empfunden, das Vertrauensverhältnis zwischen Großeltern, Eltern und Kindern ist stärker als je zuvor. Man betont immer wieder, dass man über alle Gebiete – auch über Sexualität und Religion - miteinander reden kann.

Im Verhältnis der Generationen zueinander geht es nicht nur um Materielles, sondern um die wechselseitige Achtung, Anerkennung, um wechselseitiges Füreinander-Einstehen und um gegenseitige Toleranz der Verschiedenheit. Und dies ist weit

stärker verbreitet als man annimmt und als manche methodisch problematisch angelegte Studien vermuten lassen (wie z.B. die SHELL-Jugendstudie aus dem Jahre 1997, die nur nach Konflikten und Belastungen fragt, bei der positiv akzentuierte Items erst gar nicht vorgegeben werden). Presse, Funk und Fernsehen verstehen es immer wieder, die Art des Zusammenlebens in Familien als überholt, unattraktiv und nicht zeitgemäß darzustellen". Stattdessen ist die Realität: "Die Analyse der Eltern-Kind-Beziehung zeigt, dass sowohl die einzelnen Individuen wie auch die verschiedenen Generationen in hohem Maße Aktivitäten entwickeln, um sich im Bedarfsfall gegenseitig zu helfen, sich zu unterstützen bzw. miteinander in Kontakt zu bleiben" (KOHLI, 1996, 20 ff). Es gibt also starke Solidaritätsbeziehungen, die das Konfliktpotential zwischen den Generationen verringern. - Für die Politik entsteht daraus eine doppelte Aufgabe: Sie muss das Konfliktpotential nüchtern ins Auge fassen und in der ganzen Breite alles unterlassen, was zu einer unnötigen Dramatisierung des Konfliktes führt. Politik in einer alternden Gesellschaft ist Politik für alle Lebensalter, und sie muss die bestehenden Solidaritätsbeziehungen zwischen den Altersgruppen und Generationen aufnehmen. Diese (durchaus vorhandene) Solidarität ist ein Kapital, das nicht verschleudert werden darf".

Fazit: Die öffentliche Diskussion um die „Generationengerechtigkeit“ sollte sich nicht nur um Einzahlungen und Auszahlungen, um Entgeltpunkte und Prozentsätze drehen und damit Generationenkonflikte in der Öffentlichkeit schüren, sondern sollte aufgrund einer umfassenderen, lebenslaufumspannenden Sicht der jeweils gegebenen Chancen und Möglichkeiten und der besonderen Belastungen und Herausforderungen einer jeden Generation zum gegenseitigen Verständnis und somit zu größerer Generationensolidarität beitragen.

Abschnitt C

Starke Senioren – Sichere Zukunft

Der medizinische Fortschritt, ein verändertes Gesundheitsbewusstsein, ein höheres Bildungsniveau und ein weiter steigender Lebensstandard werden in Europa dafür

sorgen, dass die Menschen mindestens ein Drittel ihres Lebens als Älter verbringen. Darauf müssen sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Betroffenen selbst einstellen. Den notwendigen Bewusstseinswandel für die Herausforderungen und Chancen, die mit dieser Entwicklung verbunden sind, haben vielen Entscheidungsträger und auch die breite Öffentlichkeit noch nicht vollzogen. Die ESU sieht es als ihre Aufgabe, auch dafür Impulse und klare Orientierungen zu geben.

Die Generationen- und Seniorenpolitik braucht künftig eine klare Strategie, damit aus demographischen Herausforderungen gesellschaftliche und individuelle Chancen werden können.

Fazit: Die ESU will diese Strategie erarbeiten und sie in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft umsetzen, damit unsere Zukunft sicher bleibt!

Abschnitt D

„Seniorenförderungskatalog“

Die ESU ersucht Kommission, Ministerrat und Europaparlament, die Erkenntnisse aus dem Generationendialog, aus der gelebten Solidarität zwischen den Generationen in einem Katalog von Maßnahmen rechtlich zu ordnen, der die Forderung nach Generationengerechtigkeit erfüllt.

Hierzu zählen insbesondere folgende Forderungen:

1. Rechtliche Absicherung ehrenamtlicher Tätigkeit, vor allem auch durch Schaffung eines wirksamen Versicherungsschutzes bei Unfall und Haftpflicht.
2. Zwingende Einbeziehung der Interessenvertretung älterer Menschen (z. B. Seniorenbeiräte) beim Erlass von sie betreffender Vorschriften und über die

Kommunalgesetze der Länder bei Beschlüssen über sie betreffende Angelegenheiten.

3. Verpflichtung der (kommunalen) Träger der Altenhilfe unter Beteiligung der Seniorenbeiräte, eine fortzuschreibende Altenhilfeplanung durchzuführen.
4. Schaffung eines Anspruchs älterer Menschen auf individuelle Beratung durch Erstellung eines individuellen Hilfeplans (Case-Management) bei Pflegebedürftigkeit, dabei sollten Rahmenvorschriften die Zusammenarbeit der freien und öffentlichen Altenhilfe sicherstellen.
5. Verpflichtung der öffentlichen Träger, vor der Zuweisung eines älteren Menschen in eine stationäre Einrichtung zur Dauerpflege zu prüfen, ob z.B. durch Rehabilitationsmaßnahmen, betreutes Wohnen, Kurzzeitpflege ein Verbleib in der gewohnten Umgebung möglich ist.
6. Schaffung einer (gesetzlichen) Basis zur Erstellung einer Altenhilfestatistik.
7. Verpflichtung in der Altenberichterstattung die speziellen Probleme demenzkranker, älterer Menschen stärker zu berücksichtigen.
8. Verstärkte Berücksichtigung der Bedarfe demenzkranker Menschen in der Pflegeversicherung.

Fazit: Neue Gesetzesgrundlagen müssen geschaffen werden, die ausgehen von einem zeitgemäßen Bild vom Alter, das primär von der Kompetenz und Selbständigkeit älter werdender Menschen ausgeht und Hilfen nur im erforderlichen Umfang vorsieht. Die Beteiligung älterer Menschen am Leben in der Gemeinschaft soll auch und gerade bei wachsendem Hilfebedarf gefördert werden. Wissen und Erfahrung sollten für die Gesellschaft nutzbar werden.

Dabei geht es nicht um ein neues Leistungsgesetz, sondern um ein europäisches Rahmengesetz, das die rechtlichen und fachlichen Anforderungen an Hilfen, Diensten und Einrichtungen so zusammenfasst, dass diese den Senioren besser zugänglich gemacht werden können.